

DAS TEMPO MUSS ZURÜCKGEFAHREN WERDEN

28. SYMPOSIUM PHOTOVOLTAISCHE SOLARENERGIE, KLOSTER BANZ



Bild 1: Gründung des Aktionsbündnisses in Staffelstein

Wieder einmal hatte sich die Photovoltaik in einem Jahr rasant weiterentwickelt. Auf dem Branchentreffen wurde deutlich: Der Erfolg der Solarstromtechnik droht ihr selbst zum Verhängnis zu werden. Die solare Stromproduktion erreichte mit 28 Terawattstunden einen Anteil von 5% des deutschen Gesamtstrombedarfs. Dieser weitere, kräftige Zuwachs von 45% wurde im politischen Berlin zum Politikum. Der Wirtschaftsminister verlangte eine grundlegende Reform, vorschnell formulierten Ideen des Umweltministers sorgten für eine unübersichtliche und herausfordernde Lage der Solarstrombranche. Das spiegelte sich auch im Kloster wieder: Das PV Symposium war diesmal nicht, wie sonst, schon lange vorher bis auf den letzten Platz ausgebucht. Obwohl Bernd Porzelius, Bereichsleiter Erneuerbare Energien bei OTTI, die politischen Entscheidungen wie ein Déjà-vu aus dem letzten Jahr empfindet, blickt er doch positiv in die Zukunft: „Noch nie gab es so viele Einreichungen für den Innovationspreis. Das zeigt, dass die Branche auf die politischen Ausbremsungen durch Innovationen reagiert.“

Weitestgehend unverändert war die Zusammensetzung der Teilnehmer: So

trafen sich wie jedes Jahr vor allem Ingenieure und Vertreter kleinerer Firmen (42%), Mitarbeiter aus Firmen die mehr als 100 Mitarbeiter haben (39%) und Vertreter von Universitäten, Verbänden, Forschungszentren bzw. Instituten (18%). 40% der Teilnehmer waren zum ersten Mal dabei, 60% der Teilnehmer kennen die Abläufe und Besonderheiten des PV Symposiums. Eine passende Charakteristik fand Thomas Nordmann, der fachliche Leiter der Tagung. Er beschrieb das Symposium als eine Mischung aus Ausstellung, Konferenz, Posterbeiträgen und Diskussion – umspannt von Speis, Sport, Tanz und Trank.

Strompreissicherung und Strommarktdesign

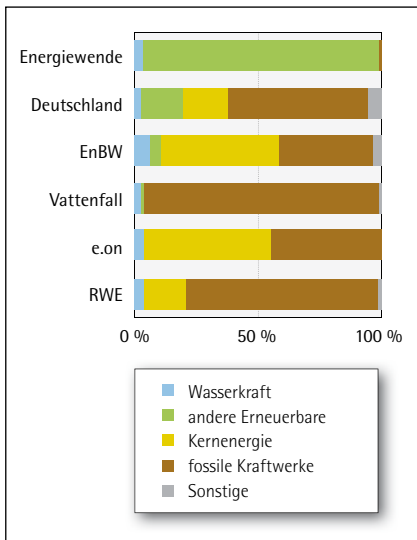
Den ersten Vortrag hielt Karin Freier vom Bundesumweltministerium: „Die Strompreissicherung und die langfristige Entwicklung des EEG sind die Hauptpunkte der politischen Diskussion. Es geht vor allem auch um ein neues Strommarktdesign.“ Unter Strommarktdesign versteht man beim BMU: Der Anteil der Erneuerbaren Energien soll bis zum Jahr 2020 auf 35% steigen. Wenn der Ausbau so fortgesetzt wird, wie er begonnen hat,

ist die Entwicklung jedoch schneller als geplant. Bei gleich bleibendem Tempo werden 35% Erneuerbare Energien bereits 2016 erreicht. Also vier Jahre vor dem Plan. Die Herausforderung liegt nun darin, die Erneuerbaren Energien in den Strommarkt zu integrieren. Gerade die fluktuierenden Quellen wie Photovoltaik und Windenergie müssen in den neu zu organisierenden Strommarkt sinnvoll integriert werden.

Die Teilnehmer interpretieren den tatsächlich geäußerten politischen Willen jedoch viel mehr als Ausbremsung bzw. Rolle rückwärts im Klimaschutz. Denn die aktuellen Bemühungen der Regierung bewirken vielmehr einen verzögerten Ausbau der Photovoltaik sowie einer Verschleppung innovativer Technologien und deren Integration in den Strommarkt. Als Hauptargument für die Entschleunigung in Sachen PV-Ausbau musste wieder einmal der Strompreis erhalten: Die EEG-Umlage, sichtbar auf jeder Strompreisrechnung, wird aus den so genannten Differenzkosten, der Differenz zwischen der Vergütung nach EEG und dem Börsenstrompreis, ermittelt. Da der Börsenstrompreis durch die Einspeisung Erneuerbarer Energien jedoch sinkt, steigt die Differenz zur EEG-Vergütung. Das hat zur Folge, dass sich die Differenzkosten und mit ihnen die EEG-Umlage weiter erhöhen. In Zahlen: 2012 stieg die EEG Umlage um 50% von 3,6 auf 5,2 Cent pro Kilowattstunde. Hält man an dem gültigen Berechnungsverfahren fest, wird sich dieses Paradoxon fortset-



Bild 2: MdB Hans-Josef Fell bei seinem Motivationsvortrag



Daten: BMU sowie Angaben der Unternehmen in Geschäftsberichten und im Internet

Bild 3: Anteile verschiedener Energieträger an der Stromerzeugung in Deutschland für eine vollständige Energiewende sowie Ist-Situation in Deutschland und bei den großen Energieversorgungsunternehmen im Jahr 2011

zen. Der Börsenstrompreis sinkt durch die zunehmende Einspeisung Erneuerbarer Energien, die Umlage steigt weiter. Auch wenn Karin Freier betonte, dass die Photovoltaik mittlerweile „kein kritischer Punkt mehr ist, was die EEG Umlage betrifft“, blieb die Frage offen, wie bzw. ob man von Seiten der Regierung mit einem „Strommarktdesign“ auf diesen absurden Zusammenhang reagieren wird.

Was passiert in Berlin?

Während der Veranstaltung war der für Ende März angekündigte Energiegipfel im Kanzleramt stetig präsent. Dort sollten die Eckpunkte der sogenannten Strompreissicherung und auch eine Entscheidung zur nächsten großen EEG Novelle besprochen werden. Die Signale waren eindeutig. Karin Freier formulierte es deutlich: „Das Tempo des bisherigen

Ausbaus muss zurückgefahren werden. Die Politik befürchtet, dass die Kosten die Stimmung für die Photovoltaik kippen lassen.“ Im Plenum selbst empfand man das allerdings genau umgekehrt. Vielmehr die einseitige Darstellung der Erneuerbaren Energien in der Öffentlichkeit, speziell der Photovoltaik, sei die Ursache für ein Kippen der Stimmung, weniger die Umlage selbst. Die Diskussion gipfelt in einer spontanen Reaktion des Publikums. Während Frau Freier einen Satz mit den Worten anfängt: „Wir haben derzeit kein Konzept ...“ wird sie durch lautes und heftiges Klatschen unterbrochen. Eigentlich sollte der Satz folgendermaßen enden: „... wie wir die Berechnung der Umlage anders gestalten wollen.“

Im anschließenden Vortrag bezeichnete Karsten Körnig vom BSW-Solar e.V. die Strompreisbremse als eine Energiewendebremse. Er betonte, dass die Vorschläge, die Frau Freier haben möchte, der Politik schon lange auf dem Tisch lägen. Fast egal was die Photovoltaik in Zukunft macht, die EEG-Umlage wird von der Photovoltaik kaum noch beeinflusst. Dennoch müsse sie als Hauptursache für steigende Strompreise in der Öffentlichkeit erhalten.

Auf der Pressekonferenz lenkte Winfried Hoffmann (EPIA) das Thema in Richtung Industriepolitik. China stellt weltweit den größten Einzelmarkt dar. Nach einem Fünfjahresplan sollen Material und Produktionsanlagen zu 80% aus China kommen. Wenn China dies schafft, sterben die deutschen Zulieferfirmen aus. Anstrengungen in Forschung und Entwicklung würden in Deutschland ebenso zurückgehen. Bisher haben die Chinesen ihre Ziele immer verwirklicht. Photovoltaik ist in Deutschland kein politisches Thema. Das Interesse ist zu gering. „Industriepolitisch ist Photovoltaik in Deutschland ein Trauerspiel.“

Karin Freier meinte dazu: „Sich von der Atomenergie zu verabschieden stellt ein gigantisches Infrastrukturprojekt“ dar. Die industriepolitische Sicht ist nur ein Schlaglicht auf das große Ganze. In den Zeitungen werden immer nur Einzelfragen behandelt. Auf das große Ganze wird zu wenig eingegangen. Das „Warum machen wir das eigentlich“ wird nicht ausreichend beleuchtet. „Und darum müssen wir durch so kritische Bereiche (Anm. d. Autors: industriepolitische Probleme in Deutschland) wie wir sie jetzt haben einfach hindurch.“

Ein weiteres spannendes Thema war die Frage, ob in Zukunft auch für eigengenutzten Strom die EEG-Umlage anfallen soll. Vom Bundesumweltministerium heißt es dazu: „Die EEG-Umlage nicht auf eigengenutzten Strom anzusetzen stellt eine Entsolidarisierung dar. Denn wenn jemand durch eigengenutzten Strom das Netz weniger stark belastet werden die trotzdem anfallenden Kosten auf weniger Schultern verteilt. Wer keine PV-Anlage in Eigenstromnutzung betreibt wird also durch die Eigenstromnutzung der anderen überproportional belastet.“ Die Lösung der Politik: EEG-Umlage auch für eigengenutzten Strom. Volker Quaschnig, HTW Berlin, entgegnete, dass diese Logik nicht aufgeht: „Das würde ja bedeuten, dass ein Umstieg vom Auto aufs Fahrrad die Autofahrer überproportional belastet, da die Kosten für die Erneuerung von Straßen auf weniger Schultern verteilt werden.“

Ausbauziele

„Wenn man sich ansieht wie die Regenerativen wachsen sollen und dabei berücksichtigt das die Kernenergie auslaufen soll, so kann man feststellen, dass bei diesen Ausbauzielen die Menge Strom aus fossilen Kraftwerken bis zum Jahr 2025 konstant gehalten wird.“ Mit dieser Aussage verdeutlichte Prof. Volker

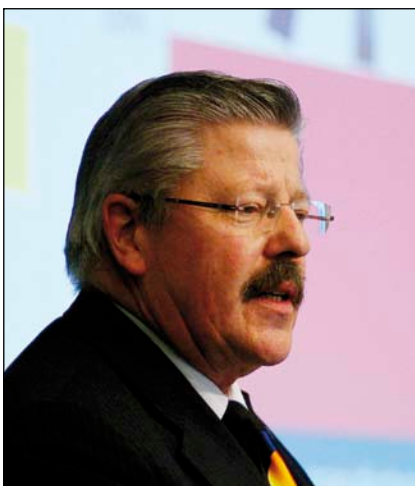


Foto: Wraneschtz (3)

Bild 4: Von links nach rechts: Winfried Hoffmann (EPIA), Karsten Körnig (BSW) und Karin Freier (BMU)



Bild 5: Diskussionsrunde „Perspektiven der Solarindustrie in Deutschland“, von links nach rechts: Thorsten Müller (Stiftung Umweltenergie), Dr. Winfried Hoffmann (EPIA), Thomas Nordmann (TNC Consulting), Prof. Eicke Weber (Fraunhofer ISE), Dr. Hubert Aulich (Solarvalley e.V.)

Quaschnig von der HTW Berlin, warum seiner Ansicht nach im EEG ein Ausbauziel bei der Photovoltaik von 52 GW bis 2020 implementiert ist. Durch das Zubauziel von 1 bis 2,5 GW pro Jahr werden bis zum Jahr 2020 die von der Regierung gewünschten 52 GW erreicht werden. Für den Klimaschutz sinnvolle Zubauziele liegen laut Quaschnig jedoch bei 7 bis 8 GW pro Jahr und in Summe bei 200 GW etwa bis zum Jahr 2050.

Warum dann also 52 GW durch die Bundesregierung? Quaschnig beantwortet diese Frage mit einem Blick auf die Anlagen, welche die vier großen Energie-

versorger betreiben: Die Wasserkraft einmal ausgenommen verfügen sie nur über 1 bis 2 % Erneuerbare Energien in ihrem Portfolio. Wollen sie ihre Steinkohle-, Braunkohle- und Kernkraftwerke weiterbetreiben, muss die Photovoltaik zwangsläufig auf 52 GW gedeckelt werden. Denn an einem sonnigen Tag zwingt die Leistung von 52 GW Photovoltaikanlagen die Grundlastkraftwerke auf eine Abregelung, die technisch gerade noch möglich ist (50 %). Mehr Photovoltaik im Netz würde die Kraftwerksbetreiber hingegen zwingen ihre Grundlastkraftwerke ganz vom Netz zu trennen. „Ein PV-Zubau von 7 bis 8 GW pro Jahr sorgt für eine Verdrängung der Grundlastkraftwerke bis zum Jahr 2020.“, so Quaschnig. „Politik und Energiekonzerne versuchen daher den Photovoltaik-ausbau massiv zu reduzieren. Der Klimaschutz spielt bei den aktuellen politischen Überlegungen keine Rolle mehr.“

Wenn nach Erreichen der 52 GW Grenze keine Vergütung mehr gezahlt wird, stellt sich die Frage, ob PV-Systeme dann noch konkurrenzfähig bzw. wirtschaftlich sein können. Sollten die Preise zwischen 1.000 und 1.500 € pro kW_p (brutto) sinken, so sind kleine Eigenverbrauchs-Systeme auch ohne Vergütung wirtschaftlich. Solche Systeme erhöhen die Zubauleistung und gefährden damit die Grundlastkraftwerke. Herr Quaschnig kommt daher zu dem Schluss, dass „Die Politik massiv versuchen wird, Eigenverbrauchs-Systeme zu verhindern.“ Im Umkehrschluss bedeutet das: Wenn es eine Energiewende geben soll, so ist der Eigenverbrauch der Schlüssel. Quaschnig meint: „Eigentlich brauchen wir nicht nur eine Energiewende, sondern eine Energierevolution. Und die geht immer vom Volk aus.“

Technik oder Politik?

Der technische Teil des PV-Symposiums beschäftigte sich vor allem mit neuen Energiespeichern, Netzintegration im Niederspannungsnetz und Neugkeiten aus Forschung und Entwicklung bei Komponenten und Anlagentechnik. Bevor im letzten Teil unter der Überschrift Qualitätssicherung über Lichtbögen, Isolationswiderstände und potenzialinduzierte Degradation referiert wurde, hielt Hans-Josef Fell noch einen Motivationsvortrag zur aktuellen politischen Lage aus seiner Sicht. Dieser Vortrag hatte Folgen. Im Anschluss gründete sich spontan ein Aktionsbündnis aus Betreibern, Forschungsinstituten, Hochschulen, Journalisten, Unternehmen und Verbänden, um eine gemeinsame Kommunikationsstrategie zu entwickeln. Das Aktionsbündnis „sauber werden – sauber bleiben“ setzt sich für Transparenz bei den Stromkosten, stabile Netze durch Erneuerbare Energien und stabile gesetzliche Rahmenbedingungen ein. (Näheres siehe Seite 14 in dieser Ausgabe)

Fell griff zum Ende des Symposiums noch einmal die politische Diskussion aus der Eröffnungsveranstaltung auf: „Umso stärker die Erneuerbaren Energien werden, desto größer wird der Kampf gegen sie werden. Denn sie nehmen den Fossilen schließlich die Einnahmen weg.“ Hans-Josef Fell brachte auch noch ein neues Argument: „Das Wachstum wird nicht von den großen Vier (die vier Verteilernetzbetreiber) gemacht, sondern von Stadtwerken, Genossenschaften, Landwirten und Bürgern.“ Und eine derart gestaltete Energiewende liegt nicht im Interesse dieser vier Netzbetreiber. Auch Fell ist der Ansicht, dass die Erneuerbaren Energien nicht schuld an den hohen Stromkosten sind. Die Kampagnen, die das Gegenteil behaupten sind allerdings sehr erfolgreich.

Fazit

Vielleicht sollte das ansonsten sehr technisch orientierte Symposium Photovoltaische Solarenergie sein Konzept an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Das 28. Symposium hat mit einer heftigen politischen Diskussion begonnen und mit einer solchen geschlossen. Und während Forscher, Entwickler und Ingenieure im kommenden Jahr die Technik weiter mit Innovationen voranbringen werden, müssen Aktionsbündnisse Ihnen die Steine aus dem Weg räumen.

ZUM AUTOR:

► *Dipl.-Ing. Björn Hemmann*

ist Mitglied im Landesverband Franken der DGS sowie ö.b.u.v. Sachverständiger für Photovoltaische Anlagentechnik
hemmann@dgs-franken.de

Zubau 2013: Kohle- statt Solarstrom

Im kürzlich erschienenen „Monitoringbericht 2012“ der Bundesnetzagentur findet man im Kapitel „Erwarteter Zu- und Rückbau von Erzeugungskapazitäten“ eine weitere aufschlussreiche Erklärung für die Zurückhaltung der Bundesregierung bei der Photovoltaik. Gemäß den bundesweiten Plandaten (Stand: September 2012) ist in Deutschland 2013 allein bei den Steinkohle-Kraftwerken ein Netto-Nennleistungs-Zubau an in der Höhe von 6.343 MW (bei einem gleichzeitigen Rückbau von gerade einmal 304 MW) geplant. 2014 sollen weitere 740 MW (Rückbau: 186 MW), 2015 noch 843 MW (Rückbau: 406 MW) folgen.

Quelle: Seite 31, Tabelle 4:
www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/BNetzA/Presse/Berichte/2012/MonitoringBericht2012.pdf?__blob=publicationFile